

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Samstag: Nach unten Seiten
Freitag: Nach unten Seiten
Donnerstag: Nach unten Seiten
Mittwoch: Nach unten Seiten
Dienstag: Nach unten Seiten
Montag: Nach unten Seiten
Sonntag: Nach unten Seiten

Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems
Regelung des Abgabensystems

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 180

Freitag, den 4. August 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die bayerische Antwort an den Reichspräsidenten ist gestern überreicht worden; sie kann als Grundlage für Verhandlungen angesehen werden.

Von ununterrichteter Seite wird bestätigt, daß die Reichsregierung nach dem Verlauf der bisherigen Verhandlungen Poincarés Drohnote gegenüber ihrer in der Note vom Montag eingenommenen Haltung nicht abgeben wolle.

Nach einer halbamtlichen Meldung wird die Verabfolgung der Militärrenten-Schulden bei den vereinigten Staaten auf die Hälfte angesetzt, da eine völlige Streichung angesichts der Volkstimmung unmöglich sei.

Dem Daily Chronicle zufolge verlautet, daß die englische Regierung beabsichtige, eine Verteidigungsflotte von insgesamt 400 bis 500 Flugzeugen zu schaffen.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 753.

Kühler Kopf und ruhig Blut.

(Was haben wir heute zu besprechen.)

Die gespannte innere und auswärtige Lage des Reiches erfordert die ruhige Entschlossenheit der Regierung und des ganzen Volkes; das ist das Ergebnis der Aussprache, die am Mittwochabend zwischen dem Reichskanzler und den Führern aller Parteien stattgefunden hat. Ruhige Entschlossenheit ist aber das Gegenteil von Panikstimmung, die sich an der Börse und auch sonst gegenwärtig bemerkbar macht. Das Emporschnellen des Dollarstandes auf weit über 800 ist nicht nur auf Einwirkungen der ausländischen Spekulation, sondern zum guten Teil auch auf die Anstöße der als Jagdhörner und Wengstler im deutschen Handel und in der deutschen Industrie zurückzuführen. Man trägt aber gewiß nicht zur Entspannung der augenblicklichen Lage und zur ruhigen Entschlossenheit der deutschen Regierung bei, wenn man sich hemmungslos der Panikstimmung hingibt. Kühler Kopf und ruhig Blut muß vielmehr die Parole des Tages sein.

Was ist denn auch geschehen, um Verzweiflungstimmung zu rechtfertigen? Poincaré, dessen Wort für Deutschland wahrhaftig Angst bekannt ist, hat zwei Drohnoten außergerichtlich groben Tones und völlig unberechtigten Inhalts geschickt. Die deutsche Regierung hat auf die erste würdig und bestimmt geantwortet und überlegt gegenwärtig, ob sie die zweite überhaupt noch einmal beantworten oder stillschweigend zu dem Abigen legen soll. Für diese ihre Haltung hat sie die einheitliche Zustimmung aller Parteiführer von den Deutschen bis einschließlich zu den Unabhängigen gefunden. Daß eine etwaige zweite Beantwortung den gleichen Inhalt wie die erste haben müßte, darüber besteht nirgends ein Zweifel. Die ruhige Entschlossenheit ist also bei der Regierung und bei den Parteiführern vorhanden. Jedermann sollte vor der Verantwortung zurücktreten, diese so oft von der deutschen Reichsregierung stürmisch verlangte Befestigung durch Staumacher zu stören.

Zu ist also weniger Anlaß vorhanden, als nach Ausweis aller ausländischen Blätterstimmen die französische Drohnote wieder einmal eine völlige Isolierung Poincarés bei den Alliierten geschaffen hat. Das wäre vielleicht weniger bedeutsam, wenn, wie in früheren Fällen, die Bundesgenossen Frankreichs keine sofortige und direkte Einwirkungsmöglichkeit auf den wildgewordenen französischen Hochgeist besäßen. Aber wir stehen unmittelbar vor der Londoner Konferenz. Die neueste vom französischen Ministerpräsidenten angekündigte Sanktionspolitik muß doch schon deswegen zur Besprechung kommen, weil ja die Bundesgenossen, insbesondere Belgien, unmittelbar beteiligt sind, und weil sie natürlich nicht zulassen können, daß auf ein und dasselbe deutsche Gesuch an die verschiedenen alliierten Regierungen verschiedene Antworten erteilt werden können. Auch besteht über die von Poincaré angebotenen Maßnahmen, die sofort und automatisch eintreten sollen, wenn bis zum 5. August kein Ultimatum nicht befriedigend beantwortet wird, nichts von Klarheit und Gewißheit. Das alles sollte dazu beitragen, den neuesten Schritt des französischen Ministerpräsidenten mit der gelassenen Ruhe zu erwarten, die allein bei dem deutschen Volke in solcher Lage wünschenswert ist.

Diese selbständige Ruhe mag auch dadurch noch eine

Verstärkung erfahren, daß der böse Konflikt zwischen Reich und Bayern durch die in Berlin eingetroffene (weiter unten veröffentlichte D. Red.) Antwort der bayerischen Regierung auf bestem Wege zu gütlicher Beilegung zu sein scheint. Die bayerische Antwortnote gibt zwar noch keine handgreiflichen Vorschläge dazu, ist aber doch in Ton und Inhalt so abgefaßt, daß man eine baldige Einigung erwarten darf, wenn demnächst der bayerische Ministerpräsident Graf Derschenfeld auf Einladung des Reichspräsidenten zu Besprechungen nach Berlin kommt. Er verlangt nach den Andeutungen in seinem Antwortschreiben eine Sicherheit für die Zukunft durch eine gesetzliche Rechtslage, die dauernde Bürgschaft dafür bieten soll, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden können. Bekanntlich hat bereits der Reichspräsident Ebert in seinem Brief an Derschenfeld betont, daß er sich als Hüter der Hoheitsrechte der Länder fühle, und man darf hinzufügen, daß an allen maßgebenden politischen Stellen des Reiches und bei allen verantwortlichen Führern sämtlicher Parteien niemand ernstlich daran denkt, die einzelnen Länder in ihren durch die neue Verfassung festgelegten Rechten irgendwie zu beschränken. Es ist also bereits eine weitgehende Übereinstimmung der grundsätzlichen Anschauungen auf diesem Gebiet vorhanden. Dann aber kann bei einigermaßen gutem Willen der bayerischen Regierung auch der Weg zum gemeinsamen Ziele nicht wohl lange fruchtlos sein. Trotz der inzwischen erfolgten Einbeziehung der deutschen nationalen bayerischen Mittelpartei in die Regierung ist also vorläufig kein Grund zu der Besorgnis gegeben, es könnte nicht bald zu einer Einigung zwischen Berlin und München kommen, die beide befriedigt.

Aber selbst wenn hier und da noch Zweifel bestehen sollten, ob die augenblicklichen außen- und innenpolitischen Konflikte schnell und glatt überwunden werden können, so ist es wahrscheinlich jetzt nicht an der Zeit, solchen Zweifeln und Besorgnissen Raum zu gewähren oder gar öffentlichen Ausdruck zu verleihen. Die Lage Deutschlands ist gegenwärtig so ernst, wie selten in den letzten schweren Jahren. Über eben darum ist es um so notwendiger, ihr ausreicht und selbstbewußt im Auge zu schauen. Alle Gefahren pflegen naturgemäß geringer zu werden, wenn man ihnen mit ruhiger Entschlossenheit entgegengeht. Darum noch einmal: Kühler Kopf und ruhig Blut!

Lerchenfelds Antwort an den Reichspräsidenten.

Grundlage für Verhandlungen.

Der bayerische Gesandte v. Preger hat gestern mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note der bayerischen Regierung übergeben:

Hochverehrter Herr Reichspräsident!
Euer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 regt eine Verständigung über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohle unseres stolzen Volkes und Landes wünschen Sie die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen. Für diese aus staatsmännlichen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtigen Dank, denn auch sie erblickt in der Aufhebung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schließen.

Wenn das Schreiben vom 27. Juli 1922 den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entbehre, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsmäßige Ausführungen versagen, um so mehr, als eine bloße formalrechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Bedeutung auf politischem Gebiete liegt. Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Mälerin der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Hoheitsrechte durch die neuen Gesetze beeinträchtigt worden. Diese Notlage ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weitester, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, einer Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Unge-

rigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten, im Süden und Norden wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schließlich beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, den Reim neuer Entwicklungen bergende Regelung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkte des Reichswohles die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkte der politischen Betrachtung, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unseren Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu bieten, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit. Sie hat den dringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles hinaus die Wurzeln künftiger Konflikte zu beseitigen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Ländern dauernd zu dienen.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Besorgnis geleitet, die Weimarer Verfassung könne so ausgelegt werden, als er mögliche sie die schrittweise Beseitigung der Hoheitsrechte, ja der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr geehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München, wie auch in Ihrem Schreiben den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß sich mit Ihrer staatsrechtlichen Hilfe ein Weg finden möge, um eine entsprechende Sicherheit für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Vorschläge, die eine dauernde Bürgschaft dafür bieten, daß Hoheitsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden können.

Zum Schluß darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Not der Gegenwart und des staatlichen Lebens gebieterisch dazu führen sollten, das ganze deutsche Volk in seinen einzelstaatlichen Gruppen und aus eigener Gefahrung heraus zu freudiger Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen. Regierung und Volk sind auch ihrerseits ernstlich gewillt, das Deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außenpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist. Mit der Verstärkung meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich Ihr sehr ergebener
(ges.) Hugo Graf Derschenfeld.

Wie wir hören, wird voraussichtlich der Reichspräsident im Einvernehmen mit dem Reichskanzler den bayerischen Ministerpräsidenten bitten, alsbald zu Verhandlungen nach Berlin zu kommen.

Demokratischer Parteitag.

Die vorläufige Tagesordnung für den 4. ordentlichen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei vom 8. bis 10. Oktober in der Stadthalle zu Elberfeld lautet:

Sonntag, den 8. Oktober, vormittag (Die Zeit wird noch mitgeteilt.): Teilnahme am Reichstagswahltag.

Montag, den 9. Oktober, vormittag 9 Uhr: Deutschland in West und Ost. 1. Referat: Die Lage im besetzten Gebiet. Referent: Justizrat Falk-Röllin. 2. Referat: Unser Verhältnis zu den Westmächten. Referent: Prof. Brindmann-Berlin. 3. Referat: Deutsche Not im Osten. Referent: Oberpräsident Stehr-Königsberg. 4. Referat: Unser Verhältnis zu den Ostmächten. Referent: Legationsrat Dr. Kiesler-Berlin. Anschließend Aussprache.

Mittwoch, den 10. Oktober, vormittag 9 Uhr: 1. Bericht über die demokratische Reichstagsfraktion. Referent: Senaor Dr. Peterßen-Hamburg. 2. Aussprache und Anträge. 3. Wahlen. Die Frist für Anträge gemäß Paragraph 12 der Satzungen läuft am 9. September, die Frist für deren Veröffentlichung am 23. September d. J. ab.